Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1530 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 249. **Montag, 25. Oktober 1926, abends.** **79. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Weiterführung der Thoiryverhandlungen.

Französische Verschleppungsmanöver.

* Paris. Die offiziösen Aeußerungen zu der Unterredung zwischen Briand und Hoesch befestigen durchweg den Eindruck, daß **das französische Außenministerium von dem Willen beseelt ist, die Weiterführung der deutsch-französischen Verhandlungen nach Möglichkeit zu verschleppen.** Es macht sich offenkundig der Einfluß Poincarés geltend, der auch **die Frage der interalliierten Schulden und die Ratifizierung des Schuldenabkommens**, die in gewissem Sinne von den finanziellen Verhandlungen mit Deutschland nicht zu trennen sind, **auf die lange Bank schieben möchte**, weil zur Zeit die parlamentarischen Möglichkeiten außerordentlich ungünstig sind. Zum mindesten wird die französische Regierung die Absicht verfolgen, eine Hinausschiebung der Besprechungen bis Januar zu erreichen.

Diese politische Tendenz kommt am allerdeutlichsten im **Petit Parisien zum Ausdruck**, der als der Regierung immerhin recht nahestehend zu betrachten ist. Das Blatt schreibt zu der Unterredung:

Herr von Hoesch habe offenbar Briand die Begeisterung geschildert, mit der die Berliner Regierung die Idee einer deutsch-französischen Annäherung aufgenommen habe, die sich auf einer frühzeitigen Rheinlandräumung aufbaue. Ohne Zweifel habe Briand, dessen versöhnende Politik bekannt sei, unter der Bedingung, daß die Interessen des Landes aufrechterhalten würden, mit analogen Argumenten geantwortet. **Diese Argumente könnten dahin zusammengefaßt werden: Seien wir geduldig, suchen wir nicht zu schnell vorzugehen. Wir wünschen nichts, als uns zu verständigen. Wir müssen aber auf der einen, wie auf der anderen Seite gleiche Vorteile finden. Suchen wir also in Ruhe die Formel für diese Einigung mit ebenso viel Gefühl wie mit gutem Humor. Man vergesse in Deutschland, daß sich nicht Frankreich allein mit der Rheinlandbesatzung zu beschäftigen habe. Auch England müsse hierbei mitreden. Aber auch abgesehen davon, könne Frankreich eine derartige Abmachung nicht eingehen. Es gebe einen Faktor von moralischer Bedeutung. Frankreich könne unmöglich seine finanzielle Wiederherstellung Deutschland verdanken. Wenn es zu einer Annäherung zwischen beiden Ländern kommen solle, müßten andere als finanzielle Gründe mitsprechen. Stresemann habe Briand gegenüber den Wunsch ausgedrückt, das Rheinland vor der fälligen Frist zu räumen. Deshalb müsse die Regierung des Deutschen Reiches auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet entsprechende Entschädigungen für Frankreich aufbringen. Oeuvre erklärt, Herr von Hoesch habe Briand versichert, die deutsche Regierung habe den festen Willen, die Verhandlungen mit Frankreich zu einem Erfolg zu bringen. Briand habe Herrn von Hoesch gegenüber bemerkt, daß man unter den schlechtesten Auspizien arbeite, wenn der ehemalige Kaiser seine Blicke nach Homburg vor der Höhe wende, und wenn die deutschen Blätter aus Locarno falsche Schlüsse zögen. Der Exzelsior glaubt, daß, wenn auch Frankreich die vorzeitige Räumung des Rheinlandes abgelehnt habe und wenn hierdurch die Verhandlungen zum Stocken gekommen seien, Briand doch seine Mitarbeiter ermahnte, sich nicht entmutigen zu lassen. Man versichere in der Umgebung Briands, daß man mit Geduld zu einer Lösung kommen werde.**

Reichstagspräsident Loebe über den Anschluß.

* Essen, 23. Oktober. Auf einem von der **Reichszentrale für Heimatdienst** veranstalteten Vortragsabend sprach **Reichstagspräsident Loebe.** Nachdem er die **Weltwirtschaftslage** und die wirtschaftlichen Verhältnisse Europas besprochen hatte, ging er auf die **Anschlußfrage** ein und führte u. a. aus: Das Selbstbestimmungsrecht ist jetzt in Europa ziemlich allen Nationen eingeräumt worden, nur den Deutschen hat man es verweigert. Was den kleinen Völkern gewährt worden ist, kann auf die Dauer dem großen deutschen Volke nicht vorenthalten werden. Man sieht in unseren Ansprüchen auf Vereinigung eine Wiederkehr des alten Imperialismus und übersieht den Unterschied zwischen großdeutschen Forderungen und Alldeutschtum. Daß die sechs Millionen Deutscher in Oesterreich, sobald sie ihr Schicksal selbst bestimmen dürfen, den Weg zum Reich einschlagen, kann im Inland und Ausland keinem Zweifel unterliegen. Am 24. April 1921 sprach sich in einer Volksabstimmung Tirol mit 98,6 Prozent Mehrheit für den Anschluß an Deutschland aus. Am 30. Mai geschah dasselbe im Freistaat Salzburg mit 99 Prozent. Auch Steiermark wollte abstimmen, wurde aber durch den Finanzdruck der Entente daran gehindert. Das Resultat wäre hier wie in Wien und Niederösterreich kein anderes gewesen. **Oesterreich und Deutschland sind eine natürliche Einheit des Blutes und des Bodens, eine seelische Einheit von Sitte und Sprache, eine geistige Einheit von Kultur und Schicksal.** Die deutsche Kultur ist in dem schmalen Landstreifen heute äußerst bedroht. Der künstlich geschaffene Staat Oesterreich fristet in einem furchtbaren Verarmungsprozeß sein Dasein. Deutschlands Wiederaufstieg ist die einzige Hoffnung des Landes, Oesterreichs Anschluß aber ist unser nationales Recht.

Graf Luckner in Newyork.

* Berlin. Nach einer Meldung aus Newyork traf der **Viermastschoner „Vaterland"** unter der Führung des Grafen Luckner am Sonnabend spät abends in Newyork ein. Luckner wird das Schiff in der nächsten Woche zur Besichtigung freigeben. Am 8. November wird er seinen ersten Vortrag in der Carnegie-Hall halten.

Eine neue Flagge der Sowjetunion.

)(Paris. **Wie der Chicago Tribune aus Warschau gemeldet wird, hat die sowjetrussische Gesandtschaft gestern angekündigt, daß die Flagge der Sowjetunion nicht mehr die rote Flagge mit Sichel und Hammer, sondern eine rotgrüne Flagge mit goldener Umrandung und mit Hammer und Sichel im Mittelfelde sein wird. Tschitscherin, der diese Aenderung durchsetzte, hat dies damit erklärt, daß die rote Flagge das Symbol eines Parteikampfes sei und daher bei Straßenkämpfen verächtlich behandelt werde. Eine Großmacht wie Rußland müsse aber eine Flagge haben, die Respekt einflöße.**

Beschlüsse des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der U. S. S. R.

)(Moskau. Das Zentralkomitee und die Zentralkontrollkommission der Kommunistischen Partei der U. S. S. R. traten zu einer Sitzung zusammen. Sie nahmen eine **Entschließung** an, in der den Mitgliedern des Zentralkomitees **Trotzki, Sinowjew, Kamenew, Pjatakow, Jewdokimow, Sokolnikow** und **Smilga** sowie der Kandidatin für einen Sitz im Zentralkomitee **Frau Nikolajewa** ein **Verweis erteilt** wurde und sie auf die Unzulässigkeit einer Verletzung der Parteidisziplin hingewiesen wurden.

Ferner wurde festgestellt, daß eine **weitere Tätigkeit Sinowjews im Komitee der 3. Internationale unmöglich** sei, da er nicht die Richtlinien der kommunistischen Partei der U. S. S. R. im Komitee der 3. Internationale vertrete und die deutsche, englische, französische, amerikanische und andere Sektionen erklärt hätten, daß Sinowjew infolge seiner führenden fraktionellen Tätigkeit im Komitee der 3. Internationale das Vertrauen der kommunistischen Partei eingebüßt habe.

Außerdem wurde beschlossen, **Trotzki von seinen Pflichten als Mitglied des politischen Büros und Kamenew von seinen Pflichten als Kandidat des politischen Büros in Anbetracht ihrer führenden fraktionellen Tätigkeit zu entheben.**

*

Keine neue Flagge der Sowjetunion?

Berlin. (Funkspruch.) Die Berliner Vertretung der Telegraphenagentur der Sowjetunion ist zu der Feststellung ermächtigt, daß **die Meldung der Chicago Tribune aus Warschau, wonach die Sowjetunion eine Abänderung der Staatsflagge der U. S. S. R. beabsichtige, in allen Punkten erfunden ist.**

Deutschland und Polen.

Zaleski über das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen.

)(Warschau. Die Polnische Telegraphenagentur meldet: In einer Aussprache mit Pressevertretern äußerte sich der **polnische Minister des Aeußeren Zalewski über das Verhältnis Polens und Deutschlands** folgendermaßen: Entgegen allen widersprechenden Erscheinungen scheint in Deutschland ein Verständnis für die Notwendigkeit einer Abkehr vom rein negativen Verhalten Polens gegenüber zum Schluß doch durchzudringen. Immer öfter lassen sich in letzter Zeit Stimmen jenseits der Grenze hören, die in der Erfassung des polnisch-deutschen Problems einen außerordentlich sachlichen Gesichtspunkt zu wahren verstehen. Gerade diese Erscheinung kann bestimmt auf eine freundliche Aufnahme in Polen rechnen. Man ist allgemein davon überzeugt, daß, falls es gelingen sollte dieser Gesinnung eine bleibende und allgemein gültige Form zu verleihen, gerade durch sie der Weg zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit beider Völker angebahnt werden könnte. Die Verwirklichung dieses Endziels setzt allerdings große Anstrengungen auf beiden Seiten als Vorbedingung voraus. Zunächst also müßte die Einstellung jener propagandistischen Entgleisungen erfolgen, die durch das Aussprengen von feindseligen und meist unrichtigen Nachrichten jeglichen positiven Zusammenschluß von vornherein unmöglich macht. In dem Verhältnis zwischen Deutschland und Polen gab es bisher und wird es auch in Zukunft eine Reihe von Verrechnungs- und Wirtschaftsfragen geben, die geregelt werden müssen. Die polnische Regierung setzt alles daran, um den laufenden Fragen gerecht zu werden. Viele davon konnten bereits einer günstigen Lösung zugeführt werden, was durch zahlreiche zwischen den beiden Staaten zum Abschluß gebrachte Konventionen bestätigt wird. Andere Fragen sollen demnächst erledigt werden. In letzter Zeit wurde die polnische Regierung wegen ihres Standpunktes in der Chorzow-Angelegenheit von der deutschen Presse scharf und zu Unrecht angegriffen. Ich muß bemerken, erklärte der Minister, daß in dieser Frage die polnische Regierung von dem Gedanken ausgeht, daß die beiderseitigen Ansprüche bloß im Wege der direkten Abmachung zwischen beiden Ländern gelöst werden können.

Anmerkung des W. T. B.: Wir möchten hierzu nur bemerken, daß Deutschland Polen gegenüber immer um vieles sachlicher und ruhiger eingestellt war und ist, als umgekehrt. Zum Beweise genügt es, auf die deutschfeindliche Betätigung aller polnischen Parteien zu verweisen. Im übrigen begrüßen wir es, wenn Zaleski eine günstige Lösung zahlreicher zwischen beiden Ländern schwebender Fragen ankündigt. Denn wir hoffen, daß sich diese Ankündigung in eine entgegenkommendere Haltung der polnischen Regierung auf vielen Gebieten umsetzt. Die gegenwärtigen Taten der polnischen Regierung, ihre Haltung bei den Niederlassungsverhandlungen, der Kattowitzer Prozeß, die Chorzow-Angelegenheit, die drohende Ausweisung einiger reichsdeutscher Direktoren aus Polnisch-Oberschlesien, die dieser Tage erfolgte Liquidierung von zwölf deutschen Wohlfahrtsanstalten bilden einstweilen einen wenig erfreulichen Kommentar zu den Worten des polnischen Außenministers.

Aus dem Reichstage.

Berlin. (Funkspruch.) Die **Tagesordnung** der ersten Reichstagssitzung nach den großen Sommerferien am **Mittwoch, den 3. November,** nachmittags 3 Uhr ist jetzt endgültig festgesetzt worden. Zur Beratung stehen u. a. der Gesetzentwurf über den deutsch-niederländischen und den deutsch-dänischen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag, der Gesetzentwurf über den deutsch-polnischen Grenzvertrag, der Gesetzentwurf über die Nichtverkehrsabkommen zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien, der Gesetzentwurf zur Aenderung der Gewerbeordnung. Der Reichstagspräsident hat sich vorbehalten, weitere Gegenstände auf die Tagesordnung zu setzen.

*

Die kommunistische Reichstagsfraktion

hat im Reichstage einen Gesetzentwurf eingebracht, in dem die Verbannung aller ehemaliger Landesfürsten aus dem Deutschen Reichsgebiet gefordert wird. Ihr gesamter beweglicher und unbeweglicher Besitz soll vom Staate beschlagnahmt werden. Jeder Versuch der Rückkehr in das deutsche Reichsgebiet soll als Verbrechen des Hoch- und Landesverrats bestraft werden.

Erkrankung Dr. Stresemanns.

)(Berlin. **Die Verschiebung der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses wird auf eine starke Erkältung des Reichsministers des Aeußern, Dr. Stresemann, zurückgeführt, der seit Beginn dieser Woche nicht mehr im Amte erscheinen konnte und noch einige Tage das Bett hüten muß.**

Erdbebenkatastrophe in Armenien.

Aus Neuyork wird gemeldet: Nach einem beim Generalsekretär des amerikanischen Hilfskommitees für den nahen Osten eingegangenen Telegramm wurde **das Gebiet von Russisch-Armenien von einem schweren Erdbeben heimgesucht.** Das Erdbeben dauerte in Eriwan 20 Sekunden und **verursachte große Schäden.** In Alexandropol dauerten die Erdstöße 23 Sekunden. Man hat noch keinen Ueberblick über die genaue **Zahl der Toten,** doch dürften sich diese auf **mehrere Hundert** und die **Zahl der Verletzten auf mehrere Tausend** belaufen. Da die Häuser sowohl in Eriwan als in Alexandropol meistens zerstört oder beschädigt sind, sind **Tausende von Einwohnern obdachlos.**

)(Moskau. Einer Mitteilung der transkaukasischen Regierung zufolge begann das Erdbeben am 22. Oktober um 7 Uhr abends. Es dauerte drei Minuten. In **Leninakan** (früher Alexandropol) wurden **15 Personen getötet und 80 schwer verletzt.** Etwa die Hälfte der Häuser wurde zerstört. Die übrigen Häuser haben ebenfalls gelitten. Manche Straßen sind durch Trümmerhaufen unpassierbar geworden. Die Drahtverbindung Leninakan—Eriwan wurde unterbrochen. Nach den ersten Erdstößen stürzten die Einwohner von Leninakan auf die Straßen, so daß die folgenden Erdstöße nur wenig Opfer forderten. Die Nacht verbrachten die Einwohner im Freien. Der Mittelpunkt des Erdbebens befindet sich 180 Kilometer von Tiflis entfernt, südlich von Leninakan.

Im **Kreise Leninakan** wurden 300 Personen getötet und 800 verwundet. 12 Siedlungen wurden zerstört, darunter sechs fast ganz.

Am 22. Oktober wurden um 11 Uhr abends in **Batum** leichte, etwa 10 Sekunden dauernde Erdstöße wahrgenommen.

Am 23. Oktober erfolgten im Kreise Leninakan noch 15 schwache Erdstöße. Der Telegraphen- und Eisenbahnverkehr zwischen Leninakan und Eriwan und Tiflis wurde an diesem Tage wieder aufgenommen.

Einer Meldung der Erdbebenwarte von Tiflis zufolge trug das Erdbeben tektonischen Charakter.

Die Sturmkatastrophe bei den Bermudainseln.

)(Halifax (Neuschottland). Nach von den Bermudainseln eingegangenen Depeschen beläuft sich die **Zahl der beim Untergang der englischen Schaluppe „Valerian" ertrunkenen Mannschaften auf 84.** Die Nachforschungen werden fortgesetzt. Man glaubt, daß das Schiff unterging, nachdem der Maschinenraum vom Wasser erfüllt war. Der englische Dampfer „Eastway" ist gleichfalls untergegangen. Nur 12 Mann der Besatzung wurden gerettet.

Großfeuer bei Saalfeld.

9 Wohnhäuser eingeäschert und 15 Familien obdachlos.

)(Saalfeld. In **Gräfenthal** bei Saalfeld brach am Sonnabendabend in einem Holzschuppen Feuer aus und griff mit rasender Schnelligkeit um sich. Die Feuerwehr war machtlos. **9 Wohnhäuser und weitere 20 Gebäude,** die zusammen einen Häuserblock umfaßten, **brannten vollständig nieder.** Die Entstehungsursache ist unbekannt. **15 Familien sind durch den Brand obdachlos geworden.**